

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 19312.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Insertionskosten für die sieben-geplante Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Afrikanische Diplomatie.

Der soeben erschienene vierte Band des „Colonial Jahrbuches“, herausgegeben von G. Meinecke, enthält eine interessante Arbeit von Wissmann über „Afrikanische Diplomatie“, welche in diesem Sommer noch vor dem Unglück des Expedition Jelenski geschrieben ist und einige sehr charakteristische Bemerkungen enthält. An seiner Kiliandscharo-Expedition weist er nach, wie wichtig es ist, dass der Leiter von Expeditionen mit dem Charakter, den Sitten und Gebräuchen der Eingeborenen vertraut ist und dass Krieg nur als das unvermeidliche letzte Mittel anzusehen sei. Bekannt ist, dass die erste Durchquerung Afrikas von West nach Ost nur einem Eingeborenen im Kampfe das Leben gekostet hat. Wissmann, der, wenn die Notwendigkeit, Gewalt anzuwenden, eintrat, davor nicht zurückshreckte, durfte Recht behalten wenn er schreibt:

„Ich gehe sogar so weit, Anwendung von Gewalt, wo es nicht durchaus nötig ist, gerade dem wilden Eingeborenen gegenüber ein Verbrechen zu nennen; denn wenn wir uns in die Idee des Wilden, der uns den Durchzug durch sein Land verweigert, der seine Selbständigkeit bewahren will, hineindenken, so müssen wir zugeben, dass unser Rechtsstandpunkt, unser moralischer Standpunkt, durchaus kein ungerechbarer ist. Eben so häufig, wie leider aus Mangel an Gewissenhaftigkeit und ruhiger Überlegung, wird namentlich in Afrika geschochen, weil der Reisende glaubt, dass, wenn er nicht wenigstens einige Gesetze aufzuweisen hat, seine Reise nicht interessant sei. Eben so häufig ist Mangel an Kenntnis der Sitten, Gebräuche und Charakter der Eingeborenen an unzähligen Blutvergießen Schuld. Ein Europäer, der im Auftrage der Civilisation und Cultur reist und der leichtfertig zur Befreiung von Schwierigkeiten zur Büchse greift, ist nicht besser als der Araber, der, um sich zu bereichern, Menschenblut zu vergießen sich nicht scheut; ja, er ist härter zu beurtheilen, denn er sollte aus einem höheren moralischen Standpunkte stehen als jener.“

Nach diesen Beweggründen allgemeiner Natur gibt Wissmann noch einige praktische Gesichtspunkte an, nach denen er auf der Kiliandscharo-Expedition den verschiedenen Häuptlingen Gimbadja, Mandara und Ginna, sowie den Bewohnern von Al- und Gr.-Aruscha und den Massai gegenüber gehandelt hat.

Der Artikel lässt das Geschick des Verfassers, mit den Eingeborenen zu verkehren, scharf hervortreten; er enthält aber auch indirect eine Artikul und Verurtheilung anderer Afrikareisenden, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann. Alles das nämliche, was Wissmann als falsch und verwerflich hinstellt, hat einer seiner Collegen in so reichem Maße gethan, dass man fast annehmen möchte, dass Wissmann seine Bemerkungen geradezu auf ihn gerichtet habe. — Das ist nämlich Herr Peters.

Herr Peters ist es gewesen, der bei seinem „berühmten“ Zuge nach Uganda das von Wissmann gerügte „Verbrechen“, ohne Noth Gewalt anzuwenden, wohl hundertmal begangen hat; hundertmal hat er es aus reiner „Gneidigkeit“ zu Gewaltthaten getrieben, hundertmal ohne Noth „zur Büchse gegriffen“ und Menschenblut in Strömen vergossen. Er hat diesen seinen Heldenthaten ja selbst in seinem Werke ein Denkmal gesetzt, das sich grösstentheils liest wie eine Art von indianischem Skalpjägerroman. Wir haben zur Beleuchtung des Herrn Peters schon einmal aus diesem Buche einige drastische Episoden mitgetheilt. Angesichts des Urtheils Wissmanns über afrikanische Diplomatie ist es nicht überflüssig, dies zu wiederholen, um zu zeigen, wie ganz anders als Wissmanns Diplomatie diejenige des Herrn Peters gewesen ist:

Als Peters vom Victoriasee zur Rüste zog, kam er in das Land der Neraute, welche, wie die übrigen Stämme, die Gewohnheit haben, von den Durchreisenden eine Art Durchgangszoll, „Hongo“, zu heischen. Peters wollte sich diesem Brauche nicht, wie Stanlen, Wissmann und alle

übrigen Reisenden es stets gehan, sügen. Aber in welcher Weise entzog er sich demselben? Er selbst erzählt darüber Seite 475 Folgendes:

„Diese Leute haben die Zähk, wenn ich so sagen darf, die Karawanen durch Triller und Jochlen einzuschüchtern. Wie ich von meinem Diener Selek, einem Landesangehörigen, erfuhr, ist es aber gar nicht ihre Tendenz, Menschen zu töten, sie thun nur so und erreichen es auch in der Regel, dass die Träger die Leute wegwerfen, die alsdann den Eingeborenen zu willkommenen Beute werden. Als sie versuchten, auch unsere Expedition auf diese Weise wegzurollern, kamen sie allerdings an die Unrechten. Wir feuerten dazwischen und vier von ihnen hatten ihre Thorheit mit dem Leben zu bezahlen. Ich strekte drei nieder, und Herr v. Liebemann einen. In zwei Minuten war der ganze Spuk verschwunden.“

Wenn er den Zoll nicht zahlen wollte, hätte er dies den Leuten doch mittheilen können; hätten sie dann Gewalt gebraucht, so hätte sich Gewalt seinerseits vielleicht rechtfertigen lassen. Oder er hätte die Leute wenigstens erst mit einigen blinden Schüssen zu schrecken versuchen können, namentlich da er ja selbst ausdrücklich sagt, dass dieselben ihrerseits „gar nicht die Tendenz haben, Menschen zu töten“. Statt dessen schleicht er mitten in die ohnmächtigen, ihrem althergebrachten Brauch widigenden Eingeborenen hinein wie in einen Schwarm Wildenten, und vier stürzen, zu Tode getroffen, zusammen.

Und ähnlich wie hier, hat es Herr Peters stets gemacht. In einem Briefe an das Emin Pascha-Comité stellte er zwar zu seiner Rechtfertigung die Behauptung auf, er habe sich bei seinen Rämpfen „ohne Ausnahme in berechtigter Nothwehr besünden“. Er selbst aber widerlegt diese Behauptung bei der Beschreibung eines jeden Gesetzes, das er lieferte. Fast stets war er es, der die Eingeborenen durch brüskes Auftreten und rücksichtloses Dreinfahren reizte, bis sie Miene machten, zur Gewalt zu greifen. Und diese Miene beantwortete er dann sofort damit, dass er das Gewehr an die Wange riss und mit seinen Mannschaften losloch. Dann wurde gesengt, geplündert und zerstochen, was nicht niet- und nagelfest war, wie er z. B. S. 502 erjählt: Er war mit den Wagogo in einem Kampf geraten. Nach einigen Salven, die seine Leute mit zerstieltem Draht abgaben und die verheerend wirkten, wirst er sie in die Flucht. Der Sultan bittet um Frieden. „Der Sultan soll Frieden haben, und zwar den ewigen Frieden, ich will den Wagogo zeigen, wer die Deutschen sind“, antwortet Peters, ungestützt von dem schon geflossenen Blute; noch mehrere streicht er nieder, die Feinde fliehen weiter; er stürmt in ihre Dörfer ein mit dem Kommando: „Plündert das Dorf und werft Feuer in die Häuser hinein, zerstögt alles, was nicht brennen will!“ Und so geschieht es.

„Von 3 Uhr an ging ich gegen die weiteren Dörfer im Süden vor. Ueberall dasselbe Schauspiel. Nach kurzem Widerstande stoben die Wagogo aus einander. Feuerbrände wurden in die Häuser gefleudert, die Aegte arbeiteten, um zu zerstören, was nicht zu verbrennen war. So wurden bis 4½ Uhr zwölf Dörfer verbrannt.“

Und dann hieß es: „Vorwärts auf die Ochsen der Wagogo“; die Hirten wurden „niedergemacht“ und 2–300 Stück Vieh „gegriffen“.

Alles das, nachdem die Wagogo um Frieden gebeten. War das auch noch „Nothwehr“?

Und auf diese Weise sind hunderte von Menschenleben ohne Noth hingeopfert worden. Es gehört wahrlich eine starke Seele dazu, solche Thaten nicht nur zu vollbringen, sondern sich ihrer auch noch zu rühmen und sich als Pionier der „Christianisierung Ost- und Centralafrikas“ (S. 456) und der „Würde unserer europäischen Rasse“ (S. 455) aufzuspielen.

Wehe den armen Eingeborenen Ostafrikas da, wo ein solcher Mann nach seinem Belieben schalten und walten darf!

mäßiges Weib, und die Welt würde sich, wie in ähnlichen Fällen, schon daran gewöhnen.

Im Februar reiste Delarive nach Berlin zurück. Aber die Hoffnungen, die sie darauf gesetzt waren wieder einmal trügerisch. Es blieb alles beim alten. Stillfried brachte seine Tage und theilweise auch seine Nächte wie ehedem auswärts in dem gewohnten Kreise zu. Die Gorge für den täglichen Unterhalt überließ er ihr; und sie übersehnte unverdrossen weiter und verrichtete Magdienst in stillen Duldun und Harren auf bessere Zeiten. In ihrer äusseren Ercheinung war sie in diesen wenigen Monaten um Jahre gealtert. Ein paar Mal nur, als ihre Kasse gänzlich geleert war, hatte er ihr Geld gegeben. Sie sträubte sich jetzt nicht mehr, es anzunehmen; nicht einmal zu fragen, woher es stamme, getraute sie sich. Sie zitterte jetzt vor ihm. Bei den geringsten Kleinigkeiten brach er in masklosen Zorn aus und überhäufte sie mit ungerechten Vorwürfen. Sie schafft sich selbst feige und elend, dass sie es dulde, aber ihr Blut war gänzlich gebrochen, und sie liebte ihn noch immer. Einmal aber forderte er Geld von ihr. Statt jeder weiteren Antwort zeigte sie ihm ihre geringe Baarschaft und das Buch, in dem sie die kleinen Schulden und Ausgaben der Wirtschaft verzeichnete. Wortlos zuckte er mit den Achseln und verließ das Zimmer.

Die lustigen Gesellen mochten seine anregende, heitere Gesellschaft nicht mehr missen und hatten sich stillschweigend geeinigt, was er mit ihnen durchbrachte, gemeinschaftlich zu bezahlen. Als Stillfried es bemerkte, hatte er sich von ihnen zurückziehen wollen, aber er besaß nicht mehr die moralische Kraft des Widerstandes. Der junge Millionär aus der Champagnerfabrik setzte ihm unter vier Augen aus einander, dass sie ihm seine Schulden bis auf den letzten Pfennig ankreideten; er solle sie später tilgen,

So schrieben wir vor fast einem Jahre. Inzwischen ist es Herr Peters reclamefreitigen Freunden gelungen, ihm die Commissarienstelle am Kiliandscharo zu verschaffen, in welcher er denn auch bereits wieder unlängst „100 Menschen erschossen“, ein ander Mal „drei Dutzend schwarzer Hallunken“ ins Jenseits befördert hat.

Ob diese Meheleien „durchaus nötig“ gewesen sind? Nach seinem früheren von ihm selbst geschilderten Gebahren wird es nicht ausbleiben können, dass man dies nicht unbedingt glaubt und vor allem, dass man nichts Gutes von der Entwicklung der Verhältnisse in einem Bezirke erwarten kann, wo ein solcher Tamerlan ein miniature haust. Dass solche Elemente mit einer solchen Politik, über welche Wissmann so unweidig den Stab bricht, nur dazu geeignet sind, die ganze Colonialpolitik zu discreditieren und weite Kreise von derselben abzustoßen, ist jedenfalls klar!

Der Entwurf des Volksschulgesetzes.

(Schluß.)

Abschnitt IV. Schulpflicht und Bestrafung der Schulversäumnisse, Privatunterricht. Die Schulpflicht beginnt (§ 76) mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Aufnahmetermin und endet mit dem auf das vollendete vierzehnte Lebensjahr folgenden Entlasstermin (§ 77).

§ 81. Für Privatunterricht, welcher die Ziele der Volkschule verfolgt, gelten folgende Bestimmungen: Zur Erteilung von Unterricht, wie zur Begründung und Leitung von Unterrichtsanstalten wird jeder preußische zugelassen, welcher seine littische, wissenschaftliche und technische Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat. Als Leiter (Leiterin) von Privatschulen dürfen insbesondere Lehrpersonen, welche die Rectoratsprüfung (Schulvorleserinnenprüfung) vor einer preußischen Prüfungscommission bestanden haben, zugelassen werden, als Lehrer (Lehrerinnen) nur solche Lehrpersonen, welche den für die Lehrtätigkeit an einer Volkschule erforderlichen Befähigungs-Nachweis besitzen. Für Hauslehrer wird die Befähigung ohne weiteres als vorhanden angenommen; bei Geistlichen (Predigern, Prediganten-candidaten beziehungsweise Priestern) der vom Staate anerkannten Religionsgesellschaften, bei Lehrern und Schulmeister-candidaten, bei Studirenden, und sofern es sich nur um Nachhilfeunterricht eines eine öffentliche Schule besuchenden Kindes handelt, bei Schülern der beiden oberen Klassen höherer Lehranstalten.

§ 82. Wer auf Grund der Vorschrift des § 81 bestätigt, eine Unterrichtsanstalt zu gründen oder die Leitung einer solchen oder eine Lehrer-(Lehrerinnen)-Stelle an einer solchen zu übernehmen oder häuslichen Unterricht zu ertheilen, hat dieses zuvor unter Nachweis seiner Befähigung der Kreis-(Stadt-) Schulbehörde anzugeben. Die letztere hat binnen einem Monat zu erklären, entweder, dass sie gegen die Befähigung nichts zu erinnern habe, oder dass sie dieselbe als vorhanden nicht anerkenne, und im letzteren Falle die Thatsachen, welche den Mangel der Befähigung begründen, anzugeben. Gegen den Bescheid findet die Beschwerde an den Bezirksausschuss statt. Mit der Anzeige von der Absicht, eine solche Unterrichtsanstalt zu gründen, ist der Kreis-(Stadt-) Schulbehörde außerdem ein Lehrplan einzureichen. Derselbe ist von dem Regierungspräsidenten festzusehen. Änderungen des Lehrplanes sind vor Einführung derselben zur Genehmigung in dem gleichen Verfahren vorzulegen. Wird der Lehrplan, beziehungsweise werden die beantragten Änderungen nicht genehmigt, so steht dem Antragenden die Beschwerde an den Unterrichtsminister zu.

Bevor die Befähigung zur Erteilung von Unterricht oder zur Gründung oder Leitung von Unterrichtsanstalten seitens der zuständigen Behörde anerkannt und bevor der Lehrplan genehmigt ist, darf mit der Erteilung von Unterricht oder mit der Öffnung der Unterrichtsanstalt nicht begonnen werden.

§ 88. Arbeitgeber, welche schulpflichtige Kinder während der Unterrichtsstunden, zu deren Besuch sie verpflichtet sind, beschäftigen, oder die Befähigung solcher Kinder in ihrem Dienst während der Unterrichtsstunden durch ihre Aufseher, Gehilfen oder Arbeiter dulden, werden, sofern nicht nach den Bestimmungen der Reichsgesetze ordnungsmässig eine härtere Strafe verhängt ist, mit Geldstrafe von einer Mark bis zu 150

wenn er wieder bei Kasse sei. Es wurde auch zuweilen gespielt, und Fortuna lächelte manchmal dem Dichter. Dann bezahlte er sie und da. Wenn er verlor, gab er den Freunden Bons, die ihm niemand zur Einlösung präsentirte.

Im April ging Asta das Geld völlig aus. Sie musste mehrere gröbere rückständige Rechnungen begleichen, sie hatte bereits Vor- schüsse auf ihre Arbeiten erhalten und wusste sich nicht mehr zu helfen. Sie vertraute sich Stillfried an, der gerade in diesen Tagen keinen Pfennig besaß. Der große unbekannte Spielschulden wegen schämte er sich, einen seiner Freunde darum zu bitten. So schrieb er denn an Delarive und schickte diesem seine ganze erbärmliche Lage auseinander, und dass er sich bereits mit dem Gedanken vertraut mache, sich nächstens eine Augel vor den Kopf zu schießen. So ginge es nicht weiter. Arbeiten könnte er unter diesen Umständen nicht; er sei einer von den Menschen, auf deren Geist der Mangel lähmend wirke. Nur wenn ihm das Glück lächele, könne er die Schwingen seines Genius entfalten. Einen Moment lang wollte er diesen Satz ausstreichen, aber er dachte an seine frühere Erfolg und ließ ihn stehen. Auch dass ihm Asta gleichzeitig geworden, dass sie ihm eine Kette sei, die er nun sein Leben lang mit sich herumschleppen müsse, vertraute er dem Freunde an. Er könnte sie doch jetzt, nachdem sie ihm alles geopfert, nicht in Noth und Mangel im Stich lassen. Delarive möge ihm raten, was er thun solle.

Delarive schickte umgehend dreihundert Mark und ein längeres Schreiben, das eine gewaltige Erschütterung in Stillfried hervorbrachte. Der Brief lautete:

„Lieber Jungel!

Es ist alles so gekommen, wie ich es ahnte. Dass du Asta nie geliebt hast, habe ich dir ja schon in Wiesbaden gesagt. Das ist keine Frau, die

Mark und, falls diese nicht bezutreiben ist, mit Haft bis 14 Tagen bestraft.

§ 81. Blinde Kinder, welche das sechste, taubstumme Kinder, welche das acht Lebensjahr zurückgelegt haben und genügend entwickelt und bildungsfähig sind, sind während des schulpflichtigen Alters von Obrigkeit wegen an einem innerhalb der Provinz belegenen Ort, an welchem sich eine Blinde- bzw. Taubstummenanstalt befindet, unterzubringen, sofern nicht anderweit unterreichende Unterricht derselben gesorgt ist.

Kinder, welche wegen körperlicher oder geistiger Mängel nicht mit Erfolg oder nicht ohne erhebliche Gefahr für die anderen Kinder am Schulunterricht Theil nehmen können, dürfen nach Entscheidung der Kreis-(Stadt-) Schulbehörde vom Unterricht ausgeschlossen werden. Dieselben sind von Obrigkeit wegen, soweit erforderlich, bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahr in eine geeignete Erziehungsanstalt unterzubringen.

§ 101. Falls nicht anderweit die Aufbringung der Kosten für die Versorgung hilfsbedürftiger Blinder, Taubstummen, Idioten, Verwahrlosen geregt ist, fallen diejenigen Kosten, welche durch die Unterbringung und die dabei nötige reglementmäßige erste Ausstattung des Jünglings und durch die Rückreise der Entlassenen erwachsen, dem Ortsvereinerverbande, in welchem der Jüngling seinen Unterstübungswohnsitz hat, alle übrigen Kosten des Unterhalts und der Erziehung der vorerwähnten Verbänden zur Last, soweit sie nicht aus dem eigenen Vermögen des Jünglings getragen oder von den aus privatrechtlichen Titeln zur Alimentation verpflichteten eingezogen werden können.

Die Verbände sind befugt, zur Besteitung der Kosten, die ihnen zufolge der Gesetze vom 8. Juli 1875, vom 7. März 1888, der allerhöchsten Cabinetsordre vom 16. September 1887 und des Gesetzes vom 11. März 1872 aus der Staatskasse gewährten Renten und Fonds zu verwerben. Zum Zweck der Besteitung der Kosten aus dem eigenen Vermögen des Jünglings oder von den aus privatrechtlichen Titeln zur Alimentation verpflichteten werden nach Anhörung des Communal-Verbandes durch den Minister des Innern Pauschsätze für die Unterbringung festgelegt.

Abschnitt V. enthält die Bestimmungen über Vorbildung, Anstellung, Dienstverhältnisse und Dienstinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen. Die wichtigsten Paragraphen sind: § 109. Die mit der Erteilung des Religionsunterrichts zu beauftragenden Lehrer (Lehrerinnen) sind vorher den kirchlichen Oberbehörden nahest zu machen beabsichtigt, ob gegen Lehre und Wandel derselben Einwendungen zu erheben sind. Letztere sind durch Thatsachen zu begründen.

§ 110. Die kirchlichen Oberbehörden sind befugt, jederzeit von dem Religionsunterricht an den Seminaren durch einen Commissarius nach vorhergegangener rechtzeitiger Benachrichtigung des zuständigen Provinzialcollegiums Kenntniß zu nehmen und etwa vorhandene Mängel dem Provinzialcollegium mitzuteilen.

§ 111. An jedem Seminar wird jährlich eine Prüfung abgehalten, über deren Aussall eine Commission entscheidet, welche aus Commissarien des Provinzialcollegiums und des Regierungspräsidenten, dem Director und den Lehrern des Seminars und dem von der zuständigen kirchlichen Oberbehörde gefandenen Commissar besteht. Zu dieser Prüfung können auch außerhalb der Seminare vorgebildete Lehrerabsolventen zugelassen werden.

§ 112. Als Lehrer oder Lehrerin an öffentlichen Volksschulen kann nur angestellt werden, wer die vorgeschriebene Prüfung bestanden hat. Die kirchlichen Oberbehörden sind befugt, sich durch einen Beauftragten mit Stimmrecht an der Prüfung zu beteiligen. Erhebt derselbe wegen ungenügender Leistungen eines Examinianden in der Religion im Gegensatz zu der Mehrheit der Prüfungs-Commission Widerpruch gegen die Erteilung des Prüfungszeugnisses, so ist an den Oberpräsidenten als Vorsitzenden des Provinzialcollegiums zu berichten, welcher im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde zu entscheiden hat. Ist ein Einvernehmen nicht zu erzielen, so ist dem Lehrer das Lehrzeugnis mit Ausschluss der Befähigung für den Religionsunterricht zu ertheilen.

§ 116. Die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen werden von dem Regierungspräsidenten unter der durch das Gesetz geordneten Beteiligung der Gemeinden (Gutsbezirke, Schulverbände) aus der Zahl der Befähigten angestellt. Alle bisherigen

einen Mann, wie du es bist, auf die Dauer feststellen kann. Ich darf es dir ja jetzt offen gestehen: sie ist überspannt, halb verrückt. Ihr geistiger Hochmut ist unerträglich, aber ohne jede Begründung. Ein Blaustrumpf, der nicht einmal Talent hat! Sie war die rechte Frau für Ullnus, den einfach-biederen, etwas beschränkten Provinzialen, der in S. mit ihrem „Geist“ und ihrer „Bildung“ renommiert konnte. Man hat sie hier übrigens nie so ernst genommen, wie du immer glaubtest. Wäre sie nicht die Frau des reichen Finanziers gewesen, hätten sich ihre Salons nicht so willig geöffnet. Das nur nebenbei! Die Hauptfache ist jetzt: wie bekommen

Rechte für Ernennung, Anstellung, Berufung, Wahl oder Präsentation von Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen sind aufgehoben, ohne Unterschied, ob solche auf Gesetz, Gewohnheitsrecht, Herkommen oder auf besonderen Rechtsstiftungen beruhen.

§ 117. Dem Gemeindevorstand (Gutsvorsteher, Verbandsvorstand) steht das Recht zu, für jede erledigte oder neuerrichtete Schule dem Regierungspräsidenten einen einer demselben zu bestimmenden Frist eine oder mehrere Personen in Vorschlag zu bringen. Der Gemeindevorstand (Gutsvorsteher, Verbandsvorstand) ist verpflichtet, vorher den Schulvorstand zu hören und dessen gutachtlische Aeußerung seinem Vorschlag beizufügen.

§ 118. Die Vorschläge sind zunächst der Kreis- (Stadt-) Schulbehörde und von dieser mittels begutachtenden Berichten dem Regierungspräsidenten einzureichen. Glaubt derselbe die Vorschläge nicht berücksichtigen zu können, so ist dem Gemeinde- (Guts-, Verbands-) Vorstand ein Bescheid über die Gründe der Ablehnung zu erteilen. Gegen diesen Bescheid steht dem Gemeinde- (Guts-, Verbands-) Vorstand wohlweise binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung die Beschwerde an den Unterrichtsminister oder die an den Regierungspräsidenten zu richtende Erklärung zu, daß derselbe einen oder mehrere anderweitige Vorschläge zu machen beabsichtige. Im letzteren Falle läuft die Frist zur Anbringung derselben vier Wochen nach der Zustellung des ersten Bescheides ab. Werden auch diese Vorschläge durch einen mit Gründen zu verschiedenen Bescheid abgelehnt, so ist nur die Beschwerde an den Unterrichtsminister binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung als statthaft. Wird dieser Beschwerde nicht stattgegeben, so erfolgt die anderweitige Besetzung durch den Regierungspräsidenten.

Als Grund der Ablehnung darf die Notwendigkeit der Besetzung der Stelle zum Zweck der Ausführung eines auf Verfehlung lautenden Disciplinarerkenntnisses (§ 131 Nr. 3) nur ausnahmsweise und nur bei denjenigen Schulstellen geltend gemacht werden, für welche bisher der Bezirksregierung das freie Besetzungsrecht ohne die thatfächliche oder rechtliche Mitwirkung der Nachsteheliegenden (Patrone, Gutsherren, Magistrate, Obrigkeit, Schulvorstände u. s. f.) zustand.

Deutschland.

Bückeburg, 14. Januar. Der Kaiser kehrte gestern um 5 Uhr mit dem Prinzen Adolf von der Jagd zurück. Derselbe hatte im ersten Jagen auf der Pirsch 10 jagdbare Hirsche, darunter einen Achthunderten, im zweiten Jagen 3 jagdbare Hirsche und 25 Stück Wild erlegt. — Das Be- finden des Fürsten zu Schaumburg-Lippe hat sich wesentlich gebessert; derselbe konnte heute das Bett verlassen, aber noch nicht an der Jagd und der Mittagstafel Theil nehmen.

* Berlin, 15. Januar. Die Kaiserin Friedrich hat ihrem liebsten Mitgefährten über den Tod des Herzogs von Clarence in dem Beileidstelegramm an den Prinzen von Wales Ausdruck gegeben. Ein ähnliches Telegramm richtete sie auch an ihre Mutter, die Königin von England. Der grossbritannische Botschafter Sir Ed. Malet kondolierte sogleich bei der Kaiserin Friedrich, welche ihren Oberhofmeister Grafen Gedendorff beauftragte, sich in das Botschaftspalais zu begeben, um dort ihren Dank zu überbringen. Es heißt, daß Prinz Heinrich den Kaiser bei den Trauerfeierlichkeiten vertreten wird. Auch der Com- mandeur des Husaren-Regiments Fürst Blücher von Wahlstatt (Pommersches) Nr. 5, Oberst v. Nahmner, wird sich zu den Beisetzungsfesten nach England begeben. Am Geburtstage des Kaisers im Jahre 1890 wurde der Herzog von Clarence à la suite dieses Regiments gestellt.

* [Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein], der Bruder unserer Kaiserin, welchem die im Sprottauer Kreise liegende Herrschaft Primkau gehört, hatte den Wunsch ausgedrückt, in den Kreistag gewählt zu werden, um am Wohle und Gediehen des Kreises nach Kräften mitzuwirken und die Verhältnisse derselben nach allen Seiten kennen zu lernen. Diesen Wunsch haben die Großgrundbesitzer des Kreises erfüllt. Der Herzog will zur Theilnahme an den Kreistagsitzungen regelmäßig aus seiner Garnison Potsdam nach Sprottau reisen.

* [Der Großherzog von Hessen] und seine Tochter Alice werden zum Geburtstag des Kaisers von Darmstadt nach Berlin kommen.

* [v. Röder.] Das Bestehen des an der Influenza erkrankten Präsidienten des Abgeordnetenhauses, Hrn. v. Röder, hat sich gebessert. Es ist keine Lebensgefahr vorhanden.

* [Die Diäten und die Nationalliberalen.] Die „Münch. Allg. Tg.“ ertheilt ihren Lesern die Belehrung, im Reichstage bestehe für die Diätenforderung nur die bekannte Mehrheit aus dem Centrum und der freisinnigen Fraction mit „der Verlängerung nach links“. Was werden die Leute dazu sagen, nachdem ihnen der Sitzungsbericht der Zeitung als Befürworter der Diäten auch die Nationalliberalen bis auf sieben oder acht Mitglieder genannt hat, die also in diesem Fall die „Verlängerung des Freistimmen nach rechts“ bilden? Nach der Sitzung der nationalliberalen Presse konnte man, bemerkte dazu die „Frankf. Tg.“, darauf allerdings nicht gesetzt sein; soweit das Schildwort der „Nationallib. Corresp.“ reichte, hörte man nur, daß die Partei mit der Diätenforderung nichts zu thun haben wolle. Auf die

dass sie dich noch immer anbetet, was ich übrigens nie bezweifelt habe. Die hellen Thränen standen ihr in den hübschen, blauen Augen, und einige Mal rief sie: „Mein Gott, mein Gott, weshalb hat er mich denn verlassen?“ Ich diente ihr darauf mit der richtigen Antwort: daß jeder Mensch einmal im Leben seinen großen Schwabentrich mache, daß du Anregung brauchtest, die sie dir, durch ihre frühere Kränklichkeit verhindert, nicht hätte geben können; daß du Asja nie wirklich geliebt, sondern daß sich bei dem geistigen Verkehr, den Ihr mit einander gepflogen, deine entzündliche Dichterphantasie diese Liebe nur eingebildet habe. Bloß die Scham hielt dich jetzt ab, deine Neigung zu ihr selbst zu gestehen. Na, eigentlich ist's ja auch so! Das kleine, nette Frauchen hat sich übrigens in letzter Zeit sehr herausgemusst, du würdest von ihrer Anmut entzückt sein. Deine vergrämte Philosophin kann sich wahrhaftig nicht mit ihr messen! Ich sprach sehr gefühlvoll, sehr rührend, das kannst du dir denken, — ja, ich war sogar selbst von meiner schönen Rede ergriffen, was mir noch nie passiert ist. Sie hörte mir mit weit aufgerissenen Augen zu. Um es kurz zu machen: ich kam am anderen Tage wieder, hämmerte sie vollends weich — und wenn du ihr nun einen Brief schreibst, in dem du dasselbe in grün sagst, wird sie in eine Zusammenkunft mit dir willigen — etwa in Mainz oder in Frankfurt —, in der Ihr Euch vollends aussprechen könnet. Du hast sie ja doch noch immer gern! Und dann; unter uns, lieber Dichtersmann — diese sogenannte ewige Liebe! .. Na, du weißt ja, wie ich davon denke! Was ein Jahr nach der Hochzeit noch übrig bleibt, ist ja doch nur die Gewohn-

heit. Hätten Romeo und Julia als fidèle Venediger Patriizer sich heirathen dürfen, wäre es ihnen auch nicht anders ergangen. Asja wird natürlich anständig abgefunden. Ullenus will zwar nichts mehr von ihr wissen, was ich ihm nicht verdenken kann (denn was ein Mann thut, darf eine Frau noch lange nicht thun!), aber er will eventuell die Scheidungsklage zurückziehen und ihr eine angemessene Jahresrente ausschreiben, die sie verzehren kann, wo sie mag. Ich denke, sie wird es nach einem Strauben annehmen. Geroiffensbisse braucht du dir also nicht zu machen! Heirathen kannst du sie ja doch nicht! Willst du diese Kette, die dich von der Gesellschaft absperrt, ewig mit dir herumschleppen? Da sie dir verhaft ist, mache ein schnelles Ende! Du hast damals einen dummen Streich begangen und machst ihn jetzt wieder gut, voilà tout! Asja hat sich die Folgen ihres Schrittes selbst zuschreiben. Ihr würdet natürlich einige Jahre auf Reisen gehen. Sieh dir die alte und die neue Welt an, sammle ganze Bände neuer Eindrücke und Erinnerungen, schicke von unterwegs Reiseskizzen an die gelesenen Berliner Blätter, damit dein Name nicht vergessen wird, und komme dann als ein neuer Mensch zurück, um noch viel und recht Bedeutendes zu schaffen! Bis dahin ist längst Gras über die dumme Geschichte gewachsen und Asja vielleicht schon wieder verheirathet. So ein Menschenherz ist wie ein Schwamm, es wächst immer wieder nach! Adieu, mein Junge, sei gesegnet und antworte mir umgehend!

Dein alter Freund
Franz Delarive.
(Schluß folgt.)

schloss die Versammlung denn auch, den Streik zu beenden. Die Arbeitslosen sollen nach Möglichkeit unterstützt werden.

Frankreich.

Paris, 14. Januar. [Deputirtenkammer.] Der Präsident Floquet hielt bei Übernahme des Vorsitzes eine Ansprache, in welcher er hervor hob, Frankreich habe unter der Fahne der Republik seinen Platz in der Welt wiedererobert, indem es für die Zukunft alle Franzosen vereinigt, um der Gerechtigkeit und einem dauerhaften Frieden zum Siege zu verhelfen.

Italien.

Rom, 14. Januar. [Deputirtenkammer.] Bei der fortgesetzten Berathung der Handelsverträge erklärte der Deputirte Giampietro von der äufersten Linken, seine Freunde hätten sich als Redner gegen die Handelsverträge eintragen lassen, nicht um dieselben zu bekämpfen — sie billigten sie vielmehr —, sondern um die wirtschaftliche Politik der Regierung zu tadeln. Redner erörterte sodann den Gedankengang von dem die Regierungen sich bei ihren Verhandlungen und bei Festsetzung der Vertragsbestimmungen hätten leiten lassen und erklärte, er könne nicht umhin, namentlich mit Rücksicht auf die Haltung Frankreichs, denselben für gerechtfertigt zu halten. (W. L.)

Bulgarien.

* [Complot.] Die Pariser „Eclair“ bringt ein Sensationstelegramm, aus Belgrad datirt, wonach in Sofia ein militärisches Complot gegen das Leben Stambulow entdeckt und 50 beihilige Offiziere verhaftet worden wären. Sodann habe der Rückenchef des Prinzen Ferdinand einen mißlungenen Versuch gemacht, denselben durch Strychnin zu vergiften. (?)

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 15. Januar. Das Abgeordnetenhaus war sehr gut besetzt. Auf der Ministerbank saßen die Minister Miquel, Graf Leditz, Herrfurth, v. Heyden, Thiel. Miquels Finanzrede hörte das Haus lautlos an. Der Finanzminister litt augenscheinlich unter dem Eindruck früherer Kämpfe mit den einzelnen Ressorts. Er erklärte auch offen, daß er die Bilancirung des Etats nur seiner Standhaftigkeit und der Nachgiebigkeit seiner Collegen zu verdanken habe. Der wundeste Punkt der Finanzirung sind natürlich die Eisenbahnen. Was der frühere Finanzminister v. Camphausen und die Freisinnigen immer gesagt haben, ist jetzt eingetroffen. Die Verstaatlichung hat die Folge gehabt, daß die Finanzen im Schwanken sind und leicht in Unordnung gerathen können. Die Rede des Cultusministers war für die Nationalliberalen und die Freisinnigen wenig überzeugend; sein Schulgesetz begegnet in allen liberalen Kreisen dem lebhaftesten Widerspruch. Die Traditionen früherer Zeiten sind verlassen. Ein ungewöhnlicher Vorgang war, daß nach dem Finanzminister der Cultusminister Graf Leditz das Wort ergriff, um seinen bereits gestern schriftlich eingebrachten Volksschulgesetzentwurf noch vor der ersten Lesung zu erläutern. Bisher geschah dies nur bei persönlicher Einbringung von Vorlagen. Dem Anschein nach hat die bereits laut gewordene Kritik des Entwurfs in der Presse den Minister zur Abweichung von dem sonstigen Gebrauch veranlaßt, um eine günstigere Beurtheilung seines Werkes herbeizuführen. Die „Nationalzeitung“ sagt dazu, sie bezweifele, daß ihm dies gelungen sei. Graf Leditz stelle seinen Entwurf als eine „loiale Ausführung der Verfassung“ hin, indeß werde die Regierung auch in diesem als einen Versuch loyaler Ausführung der Verfassung bezeichneten Gesetzentwurf sehr vieles als sehr bedenklich betrachtet haben. Dieser Begriff könnte doch wohl nicht in Folge des Eintritts des Grafen Leditz in das Ministerium eine erheblich veränderte Bedeutung gewonnen haben. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 21. Januar, statt. Auf der Tagesordnung steht der Etat, vorher soll der Antrag v. Ehrenberg über die Geheimhaltung der Steuerveranlagung berathen werden.

Herrenhaus.

Berlin, 15. Januar. Das Herrenhaus erledigte in seiner heutigen Sitzung verschiedene Formalien und ertheilte dem Präsidium die Ermächtigung, dem Kaiser zu seinem Geburtstage die Wünsche des Hauses auszudrücken. Der Tag der nächsten Sitzung ist noch nicht bestimmt.

Reichstag.

Berlin, 15. Januar. Der Reichstag hatte heute sehr unter der Concurrenz der gleichzeitig tagenden beiden Häuser des Landtages zu leiden. Der Staatssekretär v. Bötticher mußte die Vertretung seines Etats seinem Unterstaatssekretär Dr. v. Rottenburg überlassen.

Abg. Mehger (Soc.) beschwert sich über Misshandlung eines Feuermannes auf dem Dampfschiff „Aline Woermann“ und die unzulängliche Untersuchung, die deshalb in Hamburg stattgefunden habe.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg versichert, daß die Regierung es lebhaft bedauert würde, wenn die Sache so verhielte, aber zugleich warnt er davor, Informationen über dergleichen Dinge von Aohlensiehern einzuholen, unter denen es sehr unzuverlässige und verdeckte Elemente gebe, denn kurz vor der Abschaffung sei man oft gezwungen, die ersten besten Leute, wie sie sich gerade darbieten, ohne genauere Prüfung zu engagieren. In keinem Falle dürfe man einen vereinzelten aufgebauschten Fall als Grundlage für Angriffe auf den Stand der Rheber und den Reichscommissar benutzen. Auch die weiteren Ausführungen des Abg. Schwarz (Soc.) werden von dem Unterstaatssekretär zurückgewiesen.

Bei der Position des Statistischen Amts macht der Abg. Gamhamer (freis.) geltend, daß im Interesse der Industrie und des Handels mit der bisherigen complicirten statistischen Methode gebrochen und eine vereinfachte Übersicht über die Waaren-Einfuhr gegeben werden müsse.

Dr. v. Rottenburg bemerkt, daß die Wünsche des Vorredners in Bezug auf Vereinfachung und Beschleunigung der statistischen Arbeiten erfüllt werden würden.

Abg. Bamberger (freis.): Es ist ein bemerkenswerther Umstand, daß die Schuhholzpartei bei den Verhandlungen über die Handelsverträge nichts mehr von der Handelsbilanztheorie wissen will. Alle Welt ist jetzt einverstanden, daß die Handelsbilanz zur Beurtheilung der Verkehrsnottheile zwischen zwei Staaten nicht ausreicht und einen Werthmesser nicht bildet.

Abg. v. Stumm (freicons.) widerspricht den Ausführungen des Abg. Bamberger.

Nach Besprechungen verschiedener Einzelfragen wurde hierauf die weitere Berathung auf morgen um 12 Uhr vertagt.

Berlin, 15. Januar. Der Staatssekretär v. Bötticher ist leicht erkrankt und der heutigen Reichstagssitzung ferngeblieben. Das „Berliner Tageblatt“ meldet eine leichte Nierenkrankheit. Eingeogene Erkundigungen ergeben, daß sein Zustand unbedenklich ist.

Das Gesetz über die Transfäläger enthält nur einen Paragraphen, dessen Wortlaut folgender ist:

„Bestände von ausländischem Getreide (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais und Hülsenfrüchten), welche nach amtlicher Feststellung am 1. Februar innerhalb des deutschen Zollgebietes in Treilägern, öffentlichen Zollniederlagen, Privatlägern unter amtlichem Mitverschluß, oder gemischten Privat-Transfälägen ohne amtlichen Mitverschluß, sowie deutschen Zollausschlüssen vorhanden sind, werden bis zum 30. April einschließlich ohne Nachweis der Abstammung aus Vertragsstaaten oder meistbegünstigten Ländern zur Errichtung der für diese Getreidearten am 1. Februar 1892 in Kraft treten ermäßigte Zollsätze zugelassen. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.“

In den Motiven wird ausgeführt, das Gesetz sei nothwendig, weil der Nachweis über den Ursprung theils unmöglich, theils schwierig sei, da das Getreide vielfach gemischt sei, seit längerer Zeit seinen Ursprungsort verlassen habe und mehrfach seinen Eigentümern gewechselt habe. Eine Verzögerung der Einfuhr dieser Bestände sei wegen des hohen Preisstandes der Nahrungsmittel und wegen Mangels an Kartoffeln unerwünscht. Es empfiehlt sich daher die baldige Ueberführung dieser Bestände in das Inland dadurch zu erleichtern, daß während einer entsprechend bemessenen Uebergangsfrist die Verzollung ohne Nachweis des Ursprungs zu dem ermäßigten Saate stattfindet. Die Befreiung einer missbräuchlichen Ausnutzung dieser Begünstigung durch schleuniges Heranziehen großer Getreidemassen aus den Nichtvertragsländern sei dadurch wesentlich herabgemindert, daß Russland ein Ausfuhrverbot hat.

Berlin, 15. Januar. Der dem Landtag zugegangene Etat enthält u. a. folgende Positionen: Beihilfe zur Tilgung der Elbinger Kriegsschuld 2500 Mk. mehr, also 10 000 Mk.; Bau einer Kaimauer am Hafenkanal zu Neufahrwasser 2. Rate 270 000 Mk.; für Herstellung des Fischereihafens bei Hela 180 000 Mk.; für einen neuen Leuchtturm in Neufahrwasser 60 000 Mk.; für den Neubau einer eisernen Drehbrücke im Weichselhafkanal bei Neumünsterberg 35 000 Mk.; für ein Dienstgebäude für vier Unterbeamte in Gr. Plehnendorf 44 400 Mk.; für ein Dienstgebäude für die Strombauverwaltung in Danzig 1. Rate 70 000 Mk.; für ein Geschäftsbau für das Betriebsamt Thorn eine fertere Rate von 100 000 Mk.; für die Restaurierung des Marienburger Schlosses 50 000 Mk.; für ein Amtsgerichtsgebäude in Pr. Stargard 3. Rate 150 000 Mk.; für den Neubau eines Amtsgerichts mit Gefängnis in Boppot 1. Rate 65 000 Mk., das Gebäude soll im ganzen 158 500 Mk. kosten, und der Bauplatz ist zu dem Preise von 11/2 Mark pro Quadratmeter gesichert. Neu ist im Etat die Forderung von 250 000 Mark für die Einrichtung ländlicher Stellen nach dem Rentengütergesetz auf staatlichen Grundstücken; zunächst soll eine Domäne in Posen geheilzt werden, außerdem Ländereien, welche zur Aufrichtung in Ost- und Westpreußen angekauft sind. Die Mittel werden verwendet für Wege, Entwässerungs-Anlagen ic.

Berlin, 15. Januar. Der deutsche Handelstag ist heute Vormittags im Börsensaal eröffnet worden. In einer vorher abgehaltenen Ausschusssitzung waren mehrere Resolutionen, namentlich daß die nächste Weltausstellung in Berlin abzuhalten und eine für ganz Deutschland gültige Einheitszeit einzuführen sei, angenommen worden.

Der „Reichs-Anzeiger“ erklärt die Behauptung, daß an den Berathungen des internationalen Congresses der Elektrotechniker in Frankfurt auch Vertreter der Regierung Theil genommen haben, für durchaus hinfällig. Den zur Ausstellung entsandten Regierungsbeamten sei ausdrücklich untersagt worden, an den Berathungen des Congresses über die den Staatstelegraphen aufzuerlegenden Lasten zu Gunsten der kommunalen und privaten Anlagen sich zu beheilzen. Auch der bairische Telegraphen-Inspector Baumann habe nach offizieller Nachricht keinen amtlichen Auftrag gehabt und sei nur als privatperson in Frank-

furt anwesend gewesen. Er sei nicht einmal dienstlich zur Besichtigung der Ausstellung beordert worden.

Das der Ermordung seiner Herrin angeklagte Dienstmädchen Magnus ist von den Geschworenen des Todesschages für schuldig befunden und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt worden.

Görlitz, 15. Jan. Seit heute früh steht im Centrum der Stadt ein großer Häuserkomplex in Flammen.

Bückeburg, 15. Januar. Der Kaiser brach heute früh vor 7 Uhr zur Jagd auf, kehrte gegen 11½ Uhr zurück und fuhr direct nach dem Bahnhof, von wo um 11 Uhr 35 Min. die Rückreise nach Berlin angetreten wurde, wohin ihn die Prinzessin Victoria und Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe begleiteten.

Altona, 15. Januar. Das hiesige Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt, daß des Eises halber die Fahrverbindung zwischen Karolinenkoog und Tönning bis auf weiteres eingestellt sei.

Kiel, 15. Januar. Die Kreuzercorvette „H“ ist heute vom Stapel gelassen worden, welche den Namen „Augusta“ erhielt. Prinz Heinrich taufte sie mit folgenden Worten:

Namens deines Kriegsherrn heise ich dich willkommen als jüngstes Mitglied der Marine. Auch du bist ein lebendiger Beweis menschlicher und geistiger Schaffenskraft, das Product treuer Pflichterfüllung von der Hand hunderter von Arbeitern. Wenngleich du der Gegenwart wie der Zukunft geweiht bist, sollst du doch der Vergangenheit ein bleibendes Denkmal sein. Treue bis in den Tod gelobt jeder waffenfähige Mann dem obersten Kriegsherrn, treu bis in den Tod war die hohe unvergleichliche Frau, die in dem Herzen eines jeden Deutschen fortlebt, deren Namen du von jetzt führen sollst, treu bis in den Tod waren jene Männer, die im schweren Kampf mit den Elementen unterlagen und somit ihren Treueid bewiesen.“

Wien, 15. Januar. Pester Berichte melden aus dem Innern Ungarns Schlägereien anlässlich der Wahlen. Mehrere Menschen sollen getötet und verwundet sein.

In der heute fortgesetzten Verathung der Handelsverträge sprachen die Abgeordneten Fournier, Rosenstock und Bareuther für Bulat, Massatti und Krumbholz gegen die Verträge. Fournier erklärte, die Jungfrächen blieben den Delegationen aus der Besorgniß fern, daß sie mit ihren Ansichten über den Dreibund nicht ernst genommen werden würden. Sie entgingen aber dem gleichen Schicksale auch im Abgeordnetenhaus nicht. Abg. Bulat befürchtet, Dalmatien werde den Weinbau aufgeben müssen und ein krankes Reichsmitglied werden. Aehnliche Besorgnisse brachte der Abg. Massatti bezüglich Südtirols vor und bemängelte gleichzeitig die Zollposition „rohe gezwirnte Seide“ als eine Schädigung der Südtiroler Seidenzucht.

Bern, 15. Januar. Heute haben Genfer und Waadtländer Bankiers bei der Jura-Simplonbahn 52 200 Stück Stammactien dieser Bahn mit dem Begehr beponirt, innerhalb 45 Tagen eine außerordentliche Generalversammlung der Actionäre zwecks Abberufung des jetzigen Verwaltungsraths und der Wahl eines neuen einzuberufen. Da dem auf den 21. Januar einberufenen Verwaltungsrath der Jura-Simplonbahn bereits der Antrag unterbreitet wird, im Februar eine außerordentliche Generalversammlung der Actionäre zur Ratifikation der Emission zu berufen, so wird in dieser Generalversammlung voraussichtlich auch der obige Antrag der Bankiers zur Berathung kommen.

Rom, 15. Januar. In der Kammer wurde die Debatte über die Handelsverträge fortgesetzt. Die Deputierten Pantano und Saporito erklärten sich gegen Materi für den Vertrag.

Zum Tode des Herzogs von Clarence.

London, 14. Januar. Über den Tod des Herzogs von Clarence wird berichtet, daß sich in den ersten Nachstunden eine wesentliche Besserung bemerkbar mache. Gegen 2 Uhr Morgens schwanden plötzlich die Kräfte und es trat allmähliche Erschöpfung ein, welche bis zum Tode andauerte. Aus allen Theilen des Reiches und der Colonien laufen Beileidstelegramme ein. Der König, welche in Ostnorw. meint, wurde die Todesnachricht mit der größten Schonung mitgetheilt; dieselbe sandte sofort eine Beileidsdepesche an die Eltern des Verstorbenen. Verschiedene Theater bleiben heute und am Tage der Bestattung, der noch nicht bestimmt ist, geschlossen.

Berlin, 15. Januar. Der „Reichs-Anzeiger“ publicirt zehntägige Hofstrauer anlässlich des Ablebens des Herzogs von Clarence.

Paris, 14. Januar. Präsident Carnot hat an die Königin Victoria ein Telegramm gerichtet, in welchem er der tiefen Trauer Frankreichs über den Tod des Herzogs von Clarence Ausdruck giebt und seine eigene aufrichtigste Theilnahme an dem Schmerze der königlichen Familie ausdrückt.

Die Zeitungen begleiten die Nachricht von dem Tode des Herzogs von Clarence mit Worten lebhafter Theilnahme für die königliche Familie und das britische Volk.

Rom, 14. Januar. Der König sandte anlässlich des Ablebens des Herzogs von Clarence Beileidstelegramme an die Königin Victoria und den Prinzen von Wales. Das für heute Abend angelegte Diner bei den Majestäten, zu dem das diplomatische Corps eingeladen war, wurde abbestellt. Es wird eine vierzehntägige Hofstrauer angeordnet werden.

Der Papst überwandte der englischen Königsfamilie seine Beileidsbezeugungen.

Die gesammte hiesige Presse drückt das tiefe Bedauern über den Tod des Herzogs von Clarence aus. „Fanfulla“ zufolge wird ein Prinz der königlichen Familie den Leichenseierlichkeiten beiwohnen.

Der Ministerpräsident Audini beauftragte den italienischen Botschafter in London der englischen Regierung das Beileid Italiens anlässlich des Todesfalles zu übermitteln.

Wien, 14. Januar. Generaladjutant Graf Paar drückte dem britischen Botschafter im Auftrage des Kaisers dessen Beileid wegen des Hinscheidens des Herzogs von Clarence aus. Gleichzeitig sandte der Kaiser herzliche Beileidsgramme an die Königin Victoria und den Prinzen von Wales.

Brüssel, 15. Januar. In Folge der schlechten Witterung begiebt sich der König nicht nach England zur Leichenseier des Herzogs von Clarence.

Danzig, 16. Januar.

* [Von der Weichsel.] Nach einem Telegramm von gestern Nachmittag findet jetzt der Weichseltraject bei Auln nur bei Tage mit Dampfer statt, aber in dieser Zeit für Personen und Päckereien unbeschränkt. — Die Eisbrechdampfer sind gestern auf der Danziger Weichsel bis Giedlersfähre gelangt.

* [Gastspiel-Verlängerung.] Durch Vereinbarung mit Signorina Franceschina Prevosti hat gestern Herr Director Rose ein nochmaliges Auftreten der gefeierten Sängerin an unserem Stadttheater ermöglicht, obwohl Fr. P. schon am nächsten Tage ihr Gastspiel in Königsberg weiter fortsetzen sollte. Diese Gastspiel-Prolongation bringt den Danziger Kunstsfreunden abermals die sehr willkommene Gelegenheit, der großen Sängers-Tragödin in einer von ihr hier bisher noch nicht gesungenen Rolle zu begegnen, nämlich als Gretchen in Gounds „Faust und Margaretha“. Die Partie ist hier überhaupt seit einer längeren Reihe von Jahren nicht von hervorragenden Sängerinnen gegeben worden, um so mehr Interesse dürfte sie als Abschied des Fr. Prevosti erwecken. Die Partie des Faust singt Fr. Münner, den Valentijn Fr. Pokorný.

* [Freigabe einer Passage.] Nachdem die Fußgängerbrücke und die Poterne am Olivaer Eisenbahnhof nunmehr fertiggestellt ist, steht die Freigabe dieses Ueberweges für die öffentliche Benutzung in den nächsten Tagen bevor, und zwar vorläufig nur für die Tagesstunden. Später, nachdem seitens der Stadtgemeinde eine Laterne dorfselbst aufgestellt sein wird, soll die Benutzung dem Publikum im Sommer von 5 Uhr, im Winter von 6 Uhr Morgens an bis Abends um elf Uhr freigesetzt.

* [Wilhelm-Theater.] Für die nächste Zeit ist von der rührigen Direction wiederum ein ganz neues Männer-Ensemble zusammengestellt worden, welches heute zum ersten Male aufführt. U. a. treten von heute auf täglich auf die augenfällig wohl berühmteste Luftschiffmutter-Familie Beyer, die geradezu unglaubliches in diesem Genre leisten soll, ferner das Wiener Duettselpaar Geschwister Rauh, die elegante Couleur-Soubrette Fräulein Peretti, die musikalischen Clowns Gebr. Mora, die Kraft-Jongleuse Fr. Anneta Leuth etc. Durch die kürzlich eingerichtete Dampfheizung ist der Aufenthalt im Wilhelm-Theater jetzt ein durchaus angenehmer geworden.

* [Versehung.] Der Eisenbahn-Bauinspector Mertens ist zum 1. März d. J. von Marienburg nach Inowraclaw versetzt worden.

* [Schwurgericht.] Die Beweisaufnahme in der erst gestern gegen Abend zu Ende geführten Verhandlung in der Anklage wegen Meineides fiel für das Ehepaar Hirsch günstig aus. Namentlich vermochte der Siegfried Schwichtenberg nicht glaublich nachzuweisen, daß sein Arbeitsverdienst ein so hohes gewesen sei, daß er seinen Eltern in verhältnismäßig kurzer Zeit ca. 1800 Mk. hätte leihen können. Die Geschworenen verneinten die Schuldsfragen, worauf die Angeklagten freigesprochen wurden.

* [Marienburg, 15. Jan. Trotz der geringen Stärke des Regateises ist der unmittelbare Verkehr zwischen der Stadt und Rethow durch einen allerdings sehr holprigen Fußweg für Fußgänger eröffnet.

w. Elbing, 15. Januar. Wegen betrügerischen Bankrotts hatte sich gestern, wie schon telegraphisch

gemeldet ist, vor dem hiesigen Schwurgericht der jetzige Gastricht und frühere Besitzer Heinrich Schröder aus Danzig zu verantworten. Seine Ehefrau Selma, geb. Doehmke, und der Besitzer Wilhelm Janzen aus Braunswalde waren der Beihilfe zum betrügerischen Bankrott angeklagt. Schröder kaufte 1875 das 62 Hectar (3½ Losen) große Grundstück Stalle Nr. 5 für den Preis von 93 000 Mk. Auf diesem Grundstück waren 73 000 Mk. hypothekarische Schulden eingetragen, darunter 50 000 Mk. von der Bank in Gotha und dahinter 18 000 Mk. von dem Kaufmann Moses Jakobi in Neustadt. Bis 1889 kam Schröder seinen Verpflichtungen als Schuldnier ziemlich pünktlich nach. Im Jahr 1889 erbat er sich jedoch von den beiden genannten Gläubigern Stundung der Zinsen. Jakobi wurde im Herbst des selben Jahres mitgetheilt, daß von dem Grundstück des Schr. Inventarstück entfernt wurden, und dies veranlaßte ihn, die gerichtliche Observation zu beantragen. Inzwischen hatte Schr. mit dem Besitzer Janzen aus Braunswalde einen merkwürdigen Pachtvertrag abgeschlossen. Danach sollte Schr. solan als Vermieter auf seinem Gut wohnen bleiben und sämtliche Zinsen, Abgaben und Versicherungsprämien entrichten, während Janzen die Ländereien bewirtschaftete und sämtliche Erträge daraus einzehlen sollte. Auch war in dem Vertrage bemerkt, daß Janzen im nächsten Jahre nach Ablauf des Contrates die Ländereien nicht bestellen durfte. Der Pachtvertrag wurde vor den Gläubigern geheim gehalten. Selbst in Stalle blieb er lange unbekannt. Bei der gerichtlichen Observation nun gab Schr. an, daß sämtliches Inventar zum Theil seiner Frau, mit der er in getrennten Gütern lebte, zum Theil Janzen gehörte und er so gut wie nichts besaß. Auch verlor er, im Keller ca. 40 Ctr. Kartoffeln und auf den Bodenzäumen Getreidevorräte zu verheimlichen. Die Observation erstreckte sich auf zwei Tage. In der Nacht zwischen beiden Tagen wurden auf Veranlassung der Frau Schr. 4 Alte entfernt, die erst zu dem angrenzenden Besitzer Horn, dann zu dem Molkerkernmaler Westphal in Marienburg und da auch dieser nichts damit zu schaffen haben wollte, nach Braunswalde zu Janzen getrieben, der sie annahm. Am folgenden Morgen fehlten auch mehrere von den bereits inventarisierten Pferden. Außerdem hatte Schr. schon vorher Rühe zu dem Besitzer Alst in Grunau geschafft und zwei Fuder Heu per Age zu dem Kaufmann Fröse nach Danzig gefaßt mit dem Auftrage an die Anechte, Heu sammel Wagen und Pferden dort zu lassen. Ein Anecht wurde mit einer brauenen Stute nach Marienburg geschickt, um diese an den Händler Leon abzuliefern. Derselbe nahm das Pferd nicht an, da er es im Dunkeln nicht beobachten konnte und der Anecht brachte auch das Pferd zu Janzen in Br. Auf diese Weise wurde der Viehbestand auf der Bestattung verminder. Nachdem am 5. Dezember eine Zwangsvollstreccung fruchtlos ausgefallen war, beantragte Jakobi die Substitution. In dem Zuschlagstermin am 21. April Jahr er sich als alleiniger Bieter genöthigt, das Grundstück für die Mindesforderung von 55 000 Mk. anzunehmen. Sein Käufer war in allen Sachen Kaufmann Röhr aus Danzig. Nach der Substitution stellte sich heraus, daß der Pachtvertrag zwischen Schr. und Janzen rechtsskräftig war. Jakobi als Besitzer des Grundstücks mußte zusehen, wie dieses auf die unverantwortlichste Weise ruinirt wurde. Man erlaubte ihm nicht einmal, sein eigenes Haus zu betreten, sondern

sloß vor ihm die Thüre zu und drohte sogar mit Flintenschüssen. Zudem mußte er, so lange als das Pachtverhältnis dauerte, sämtliche Zinsen, Abgaben und Versicherungsgelder, selbst rückständige, zahlen, während Janzen die ganze Ernte einstrich. Nach Ablauf des Vertrages hatte die Bestattung nach den Angaben zweier Sachverständigen 24 000, bzw. 30 000 Mk. von ihrem früheren Werthe eingebüßt. Es war nur sehr wenig Inventar vorhanden und das vorhandene unbrauchbar, da Janzen einen Theil des früheren besseren Inventars auf sein Gut in Braunswalde genommen und dafür schlechtes nach Stalle gegeben hatte. Jakobi fand kein Stück Vieh, kein Getreide, kein Futter, keinen Dung, überhaupt nichts. Die Fächer waren unbestellt, selbst in den Wohnzimmern war der Anblick tristlos. Obwohl es ihm gelang, im nächsten Jahre die Bestattung für 66 000 Mk. zu verkaufen, hat er doch einen Schaden von 9000—12 000 Mark erleidet. Die Aussagen von nahezu 40 Zeugen ergaben ein wezenliches Belastungsmaterial. Obwohl die Angeklagten nicht in der Absicht gehandelt haben wollen, ihre Gläubiger zu schädigen und die Vertheidiger, Rechtsanwalt Dobe-Danzig und Rechtsanwalt Benz-Marienburg, geltend machen, daß der § 209 I. der Concursordnung in diesem Falle nicht Anwendung finden könnte, weil als Voraussetzung dazu die wirkliche Zahlungsunfähigkeit Schröters und die Absicht, die Gläubiger zu schädigen, nicht hinlänglich bewiesen scheinen, wurden Schröter und Janzen zu je 1 Jahr 6 Monat Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte für jeden 3 Jahre Gefängnis beantragt. Während der Verhandlungen, die bis nach 10 Uhr Abends währen, stellte der Staatsanwalt den Antrag, den Gutsbesitzer und früheren Gemeindewortheiter h. aus Stalle verhaftet zu lassen, weil derselbe verbächtig erscheine, durch seine Aussage einen Meineid geleistet zu haben. Der Gerichtshof sah aber von der sofortigen Verhaftung ab, da nicht anzunehmen sei, daß h. die Flucht ergriffen.

△ Tuchel, 17. Januar. Der in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag verborbene Kaufmann und Beigeordnete J. C. Schmidt hat seine hervorragenden Geistesgaben unermüdlich und uneigennützig über vierzig Jahre dem Dienste unserer Stadt gewidmet und war daher mit allen städtischen Errungenschaften innig verwachsen. Der Verbliebene bekleidete das Amt eines Stadtverordneten-Vorsteigers über 30 Jahre und wurde vor einem Jahre zum Beigeordneten gewählt. Die städtischen Körperschaften beklagen den Tod eines bedeutenden Mannes, welcher Verlust auch von der gesammten Bürgerchaft tief empfunden wird.

(—) Auln, 13. Januar. Heute fand die erste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung im Jahre 1892 statt. Die neu gewählten Stadtverordneten wurden in Vertretung des an Influenza erkrankten Bürgermeisters Pagels durch den Beigeordneten Fischbach in ihr Amt eingeführt, der in einer Ansprache an die Versammlung die erfreuliche Thatsache hervorhob, daß, wie früher auch im abgelaufenen Jahre Magistrat und Stadtverordnete zu jeder Zeit bestrebt gewesen sind, in gemeinsamer Arbeit und im einträchtigen Zusammenswirken die Angelegenheiten unserer Stadt zu erlebigen und zugleich eine Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen, was leider nicht gelungen ist. Er sprach ferner von den ungünstigen Verhältnissen der Stadt, die ihren Anfang durch die Verlegung des Cabaretthauses nach Röslin genommen, von der Mehrbelastung der Stadt im neuen Stahljahr durch Aufhebung des Chausseegeldes vom 1. April c. ab und durch neue Chausseestrassen im Kreise und von Erhöhung der Communalssteuerzufüsse, die selbst die eingeführte Declarationspflicht in unserem Ort, wo weder Handel blüht, noch reiche Läute wohnen, keinen höheren Ertrag an Einkommensteuer verspricht. Der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Bankier Ruhemann wurde mit 31 von 32 Stimmen und Herr Rentier Ludwig Schmidt mit 30 von 32 Stimmen als Stellvertreter wiedergewählt. — Nachdem der Herr Oberpräsident das Statut für die zu errichtende Stadtsparkasse genehmigt, hat der Magistrat beschlossen, dieselbe am 1. Februar zu eröffnen und die Versammlung erfuhr, gemäß § 5 und 6 des Statuts die Wahl der Mitglieder des Curatoriums und deren Stellvertreter, insoweit nicht die Magistratsmitglieder durch den Bürgermeister zu ernennen sind, zu wählen. Die Wahl fand statt und sind gewählt worden die Stadtverordneten L. Schmidt und Emil Pardon und die Bürger Rallweitz und G. Leitreiter zu Mitgliedern. — Der Baterländische Frauenverein wird in den nächsten Tagen eine Suppenküche eröffnen und hat der Magistrat zwei Räume im Schulhause in der Wasserstraße dem Verein zur Benutzung für gedachten Zweck überwiesen. Dem Verein stehen für die Volksküche 400 Mk. zur Verfügung; derselbe wird vorerst 100 Portionen täglich verteilen und bei eintretendem größeren Bedürfnis die Zahl vermehren.

* [Schwurgericht.] Die Beweisaufnahme in der erst gestern gegen Abend zu Ende geführten Verhandlung in der Anklage wegen Meineides fiel für das Ehepaar Hirsch günstig aus. Namentlich vermochte der Siegfried Schwichtenberg nicht glaublich nachzuweisen, daß sein Arbeitsverdienst ein so hohes gewesen sei, daß er seinen Eltern in verhältnismäßig kurzer Zeit ca. 1800 Mk. hätte leihen können. Die Geschworenen verneinten die Schuldsfragen, worauf die Angeklagten freigesprochen wurden.

* [Marienburg, 15. Jan. Trotz der geringen Stärke des Regateises ist der unmittelbare Verkehr zwischen

der Stadt und Rethow durch einen allerdings sehr holprigen Fußweg für Fußgänger eröffnet.

w. Elbing, 15. Januar. Wegen betrügerischen

Bankrotts hatte sich gestern, wie schon telegraphisch

gemeldet ist, vor dem hiesigen Schwurgericht der jetzige Gastricht und frühere Besitzer Heinrich Schröder aus Danzig zu verantworten. Seine Ehefrau Selma, geb. Doehmke, und der Besitzer Wilhelm Janzen aus Braunswalde waren der Beihilfe zum betrügerischen

Bankrott angeklagt. Schröder kaufte 1875 das

62 Hectar (3½ Losen) große Grundstück Stalle Nr. 5 für den Preis von 93 000 Mk. Auf diesem Grundstück waren 73 000 Mk. hypothekarische Schulden eingetragen, darunter 50 000 Mk. von der Bank in Gotha und dahinter 18 000 Mk. von dem Kaufmann Moses Jakobi in Neustadt. Bis 1889 kam Schröder seinen Verpflichtungen als Schuldnier ziemlich pünktlich nach. Im Jahr 1889 erbat er sich jedoch von den beiden genannten Gläubigern Stundung der Zinsen. Jakobi wurde im Herbst des selben Jahres mitgetheilt, daß von dem Grundstück des Schr. Inventarstück entfernt wurde. Danach sollte Schr. solan als Vermieter auf seinem Gut wohnen bleiben und sämtliche Zinsen, Abgaben und Versicherungsprämien entrichten, während Janzen die Ländereien bewirtschaftete und sämtliche Erträge daraus einzehlen sollte. Auch war in dem Vertrage bemerkt, daß Janzen im nächsten Jahre nach Ablauf des Contrates die Ländereien nicht bestellen durfte. Der Pachtvertrag wurde vor den Gläubigern geheim gehalten. Selbst in Stalle blieb er lange unbekannt. Bei der gerichtlichen Observation nun gab Schr. an, daß sämtliches Inventar zum Theil seiner Frau, mit der er in getrennten Gütern lebte, zum Theil Janzen gehörte und er so gut wie nichts besaß. Auch verlor er, im Keller ca. 40 Ctr. Kartoffeln und auf den Bodenzäumen Getreidevorräte zu verheimlichen. Die Observation erstreckte sich auf zwei Tage. In der Nacht zwischen beiden Tagen wurden auf Veranlassung der Frau Schr. 4 Alte entfernt, die erst zu dem angrenzenden Besitzer Horn, dann zu dem Molkerkernmaler Westphal in Marienburg und da auch dieser nichts damit zu schaffen haben wollte, nach Braunswalde zu Janzen getrieben, der sie annahm. Am folgenden Morgen fehlten auch mehrere von den bereits inventarisierten Pferden. Außerdem hatte Schr. schon vorher Rühe zu dem Besitzer Alst in Grunau geschafft und zwei Fuder Heu per Age zu dem Kaufmann Fröse nach Danzig gefaßt mit dem Auftrage an die Anechte, Heu sammel Wagen und Pferden dort zu lassen. Ein Anecht wurde mit einer brauenen Stute nach Marienburg geschickt, um diese an den Händler Leon abzuliefern. Derselbe nahm das Pferd nicht an, da er es im Dunkeln nicht beobachten konnte und der Anecht brachte auch das Pferd zu Janzen in Br. Auf diese Weise wurde der Viehbestand auf der Bestattung verminder. Nachdem am 5. Dezember eine Zwangsvollstreccung fruchtlos ausgefallen war, beantragte Jakobi die Substitution. In dem Zuschlagstermin am 21. April Jahr er sich als alleiniger Bieter genöthigt, das Grundstück für die Mindesforderung von 55 000 Mk. anzunehmen. Sein Käufer war in allen Sachen Kaufmann Röhr aus Danzig. Nach der Substitution stellte sich heraus, daß der Pachtvertrag zwischen Schr. und Janzen rechtsskräftig war. Jakobi als Besitzer des Grundstücks mußte zusehen, wie dieses auf die unverantwortlichste Weise ruinirt wurde. Man erlaubte ihm nicht einmal, sein eigenes Haus zu betreten, sondern

schloß vor ihm die Thüre zu und drohte sogar mit Flintenschüssen. Zudem mußte er, so lange als das Pachtverhältnis dauerte, sämtliche Zinsen, Abgaben und Versicherungsgelder, selbst rückständige, zahlen, während Janzen die ganze Ernte einstrich. Nach Ablauf des Vertrages hatte die Bestattung nach den Angaben zweier Sachverständigen 24 000, bzw. 30 000 Mk. von ihrem frü

Bekanntmachung.

In unserm Gesellschaftsregister ist heute unter Nr. 31 bei der Aktiengesellschaft "Danziger Privat-Aktienbank" hier folgender Vermerk eingetragen:

Durch Beschluss des Verwaltungsrathes vom 29. Dezember 1891 ist an Stelle des aus der Direktion ausgegliederten Consuls Max Steffens der Stadt Rath a. D. Alexander Ditschenski zu Danzig zum Mitgliede der Direktion für die Kalenderjahre 1892 und 1893 gewählt worden. (6388)

Danzig, den 12. Januar 1892.
Königliches Amtsgericht X.

Aufgebot.

Die Sparkassenbücher des Danziger Sparkassen-Aktien-Vereins:

a) Nr. 155004 über 40 Mark, ausgefertigt für den Jahnstr. Hermann Fleischer zu Danzig.

b) Nr. 155393 über 50 Mark, ausgefertigt für Frau Juliane Klee zu St. Albrecht.

c) Nr. 101345 über 160 Mark, ausgefertigt für Bernsteinhändler und Eigentümer Ludwig Fromm aus Danzig, sind angeblich verloren gegangen und sind auf Antrag ihrer Eigentümer, nämlich der genannten Personen,

- zu d. p. Fleischer,
- b. der p. Klee,
- c. des p. Fromm

zum Zwecke der neuen Ausstellung amortisiert werden. Es werden daher die Inhaber der Bütten aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermine

den 17. August 1892,

Danzig, den 13. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 13. Januar ist an demselben Tage die in Lieghof befindende Handelsniederlassung des Kaufmanns Peter Froese ebendaselbst unter der Firma

P. Froese

in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 147 eingetragen.

Lieghof, 13. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Hafen-Bauinspektion

Memel.

Die Lieferung von 30000 Centnern Maschinenkohlen und 1500 Centnern Schmiedekohlen für das Rechnungsjahr 1892/93 soll im Wege der öffentlichen Versteigerung vergeben werden.

Versteigerte mit entsprechender Ausschrift verfasste Angebotsbeschreiben sind bis

Montag, 15. Februar 1892,

Vormittags 11 Uhr,

an den Unterzeichneten portofrei einzureichen.

Die Lieferungen - Bedingungen liegen während der Dienststunden im Geschäftsraum des Unterzeichneten zur Einsicht aus, können auch gegen vorherige portofreie Einführung von 1,50 M. Schreibgebühren bezogen werden.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Memel, d. 11. Januar 1892.

Der Hafen-Bauinspector.

J. D.

Mühlth.

Wasser-Bauinspector.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 500 Tbm.

Steinkohle soll im Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Angebote mit Preis-Angabe frei an die Bahnhofstraße Linde - Dirschau sind mit der Aufschrift "Angebot auf Lieferung von Steinholz" bis zum

8. Februar d. Js.,

Vormittags 11 Uhr,

an die unterzeichneten Eisenbahnbauinspektionen portofrei einzureichen. Es finden auch Angebote auf beliebige Theillieferungen Berücksichtigung.

Die Lieferungen - Bedingungen liegen während der Dienststunden im diesselben Amtsschrein zur Einsichtnahme aus, können auch gegen portofreie Einführung von 50 Pfg. Schreibgebühren von hier bezogen werden. (6334)

Ronit, den 12. Januar 1892.

Die Königliche

Eisenbahn-Bauinspektion.

Befreiung Belästigung der im städtischen Arbeitshaus befindlichen Infasen werden dort selbst jeder Zeit solche Arbeiten angenommen, welche ihrer Natur nach in geschlossenen Räumen ausgeführt werden können, z. B. Sägen von Kässen, Bohnen, Gräben, Zupfen von Werg ic. ic.

Auch wird dort selbst Holz aller Art in jeder beliebigen Quantität zum Zerkleinern angenommen.

Geben werden Bestellungen auf Lieferung von Brennholz entgegengenommen. Der Verkauf erfolgt nach Raummetern und zwar in der Weise, dass der Käufer dasjenige Quantumerhält, welches durch Zerkleinern der betreffenden Quantität von Hobenholt erzielt wird.

Telephonanschluß Nr. 156.

Die Inspection

des städtischen Arbeitshauses.

600000 Mk.,

300000 Mk., 125000 Mk.,

100000 Mk., 50000 Mk.,

im ganzen 13020 Gelbgew.

gelangen in der Antisklav.

Lotterie am 18.-23. Jan.

vom 1. April für Verlosung.

1/1 42 M. 1/2 21 M.

1/5 8,40 M. 1/10 4,20 M.

Liste u. Porto 50 Pfg. ein-

schreiben 20 Pfg. extra.

Leo Joseph, Bankgesch.

Berlin W., Botsdamerstr. 71.

Loose zur

Antisklaverei-Geldlotterie

zu haben bei

Friedrich Käser, Kohlenmarkt 2.

(6333)

Gewinn - Plan.	
1 a 600 000	= 600 000 Mk.
1 a 300 000	= 300 000 -
1 a 125 000	= 125 000 -
1 a 100 000	= 100 000 -
1 a 50 000	= 50 000 -
1 a 40 000	= 40 000 -
1 a 30 000	= 30 000 -
3 a 25 000	= 75 000 -
4 a 20 000	= 80 000 -
6 a 10 000	= 60 000 -
20 a 5000	= 100 000 Mark
30 a 3000	= 90 000 -
50 a 2000	= 100 000 -
100 a 1000	= 100 000 -
300 a 500	= 150 000 -
500 a 300	= 150 000 -
1000 a 200	= 200 000 -
2000 a 100	= 200 000 -
3000 a 75	= 225 000 -
6000 a 50	= 300 000 -

13020 Gewinne Mk. 3075000 sämtl. ohne Abzug zahlbar.

Der Dampfer

Humber

Ist mit Gütern von Hull am Montag fällig.

Umladegüter aus Liverpool und aus Dampfer Hidalgo von Messina. Die Inhaber von inbossirten Orber-Connossementen belieben sich zu melden bei

3. G. Reinhold.

Wichtig für die Ehe!

Dr. Otto, Rathgeber in Geheimnissen M. 1,50. (5373)

Leo Waldau, Berlin, Rosenthal.

Wer keine Badeeinrichtung hat, verlange gratis den Preis-Courant v. L. Wenzl, Berlin, W. 41

Fabrik heizbarer Badestühle.

Ein seit vielen Jahren bestehendes

Material- und

Schank-Geschäft

ist wegen anderer Unternehmung

preiswert zu verkaufen. Das

Grundstück eignet sich seiner guten

Geblüde, trocken u. geräumigen

Speichers, sow. Hofraum u. Stall-

wagen vorzügl. zu einem Engros-

Geschäft. Näh. Auskunft erhält

A. Dohmann, Elbing.

Ei. Geldschränke m. Stahlpanier-

tresor billig zu verkaufen. Danzig, den 1. Januar 1892.

Königliches Bezirks-Commando.

Bekanntmachung

der Schiffercontrolversammlungen im Städtekreise Danzig.

Die Schiffercontrolversammlungen für den Städtekreis finden in Danzig im Exercierhause der Wieben-Kaserne, Eingang Poggenpuhl statt und zwar am Donnerstag, den 28. Januar 1892, Vorm. 9 Uhr, Buchst. A-G, am Donnerstag, den 28. Januar 1892, Vorm. 11 Uhr, Buchst. H-L, am Freitag, den 29. Januar 1892, Vorm. 9 Uhr, Buchst. M-R, am Freitag, den 29. Januar 1892, Vorm. 11 Uhr, Buchst. S-Z.

Zu diesen Controlversammlungen haben zu erscheinen:

1. sämtliche Reserveoffiziere und die Geewehr I. Aufgebots der Kaiserlichen Marine,

2. die zur Disposition der Marine-Truppenteile entlassenen Mannschaften,

3. die zur Disposition der Ersatz-Behörden entlassenen Marine-Mannschaften,

4. sämtliche Marine-Erlah-Reservisten und

5. sämtliche schiffahrtstreibenden Reservisten, Mehrleute I. Auf-

gebots und Erlah-Reservisten, welche weder der Frühjahrs-

noch der Herbstcontrolversammlung beigewohnt haben.

Vorliegende Bekanntmachung gilt als Befehl!

Das Ausbleiben ohne genügende Entschuldigung wird mit Arrest bestraft. Die Militärpapiere sind sämtlich mitzubringen, wer dieselben verloren hat, muss rechtzeitig die Neuauflistung bei seinem Bezirksfeldwebel beantragen.

Danzig, den 2. Januar 1892.

Königliches Bezirks-Commando.

Capitals-Anlagen

zu soliden

John Philipp,

Hypothen - Bank - Geschäft.

Nr. 100. Hundegasse Nr. 100.

Bestellungen erhält sofort, Expedition erfolgt am Tage des Eingangs.

Antisklaverei-Lotterie

Ziehung am 18.-23. Januar cr.

1 Gewinn	- à 600 000 Mk.
1 -	- 300 000 -
1 -	- 125 000 -
1 -	- 100 000 -
1 -	- 50 000 -
1 -	- 40 000 -
1 -	- 30 000 -
3 Gewinne	- 25 000 -
4 -	- 20 000 -
6 -	- 10 000 -
20 -	- 5000 -
30 -	- 3000 -
50 -	- 2000 -
100 -	- 1000 -
300 -	- 500 -
500 -	- 300 -
1000 -	- 200 -
2000 -	- 100 -
3000 -	- 75 -
6000 -	- 50 -

13 020 Gew. Mark 3 075 000

</div